



## Presseschau vom 08.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Elizaveta Naumova: Wie die jüngste Ukraine-Eskalation die EU spaltet**

Angesichts der jüngsten "russischen Bedrohung" der Ukraine erscheint die Europäische Union uneinig. Während Großbritannien, Polen und die baltischen Staaten die Konfrontation suchen, setzen Deutschland, Frankreich und Italien auf Verhandlungen. Eine Analyse. ... <https://kurz.rt.com/2t1y>

#### **de.rt.com: 85.000 Tote und grausames Marionetten-Regime – Mainstream skizziert den "russischen Einmarsch"**

Spekulationen über die Folgen eines russischen "Einmarsches" in die Ukraine werden immer detailreicher. Am Wochenende "punkteten" weitere Medien in Deutschland und den USA mit angeblich übermittelten anonymen Erkenntnissen über einen angeblich bevorstehenden russischen Angriff. ... <https://kurz.rt.com/2t71>

#### **Anton Gentzen: Berlin oder Moskau: Von wo sendet RT auf Deutsch?**

Die Landesmedienanstalten und die deutsche Mainstreampropaganda denken im Ernst, sie hätten es immer noch mit RT DE zu tun. Dabei hat sich vor fast einem Jahr nicht nur der Name geändert, sondern auch die Konzeption. Der deutsche Staat hat es nicht mehr unter Kontrolle: RT DE wird allen Verboten zum Trotz weiter senden. Aus Moskau. ...

<https://kurz.rt.com/2sq7>

**de.rt.com: Sängerin Julia Neigel berichtet über Suizide in der Kulturbranche wegen Corona-Maßnahmen**

Die Musik- und Kulturbranche hat es in den zurückliegenden zwei Jahren hart getroffen. Fehlende Auftrittsmöglichkeiten, keine Chance auf Künstlerpromotion, geschlossene Theater und Varietés. Julia Neigel vermittelt einen Eindruck über die massiven Auswirkungen auf die Branche. ...

<https://kurz.rt.com/2t63>

**de.rt.com: Medienanstalt verweigert Freigabe von Akten zum Verbot von RT TV-Sender wegen "Staatswohlgefährdung"**

RT DE wollte auf der Bundespressekonferenz vom Auswärtigen Amt die Gründe dafür erfahren, weshalb die Medienanstalt Berlin-Brandenburg die Freigabe von Akten zum Verbot von RT TV verwehren kann und diese nicht öffentlich macht. Pressesprecher Christopher Burger gab sich dazu wenig auskunftsfreudig. ...

<https://kurz.rt.com/2t78>

**Dagmar Henn: Die Kälte der Frau Hoffmann: Wie sich die Bundesregierung vom Frieden in der Ukraine abwendet**

Mit dem Satz "Der Donbass gehört zur Ukraine" hat die Sprecherin der Bundesregierung Christiane Hoffmann signalisiert, dass diese keine Einwände hätte, wenn Kiewer Truppen den Donbass überfielen. Damit wandte sich die Regierung vom Minsker Abkommen ab. Und vom Frieden. ...

<https://kurz.rt.com/2t7k>

**de.rt.com: Gefahr der Spaltung Libyens wächst wieder: Parlament im Osten will neuen Premierminister ernennen**

Das libysche Parlament im Osten des Landes wird einen neuen Premierminister zum Vorsitzenden der Übergangsregierung ernennen. Das wird die Spaltung der libyschen Gesellschaft verstärken. Ausländische Akteure im Land sind dabei, sich neu zu orientieren. Auch die Türkei scheint in ihrer Libyen-Strategie einen Kurswechsel einzuschlagen. ...

<https://kurz.rt.com/2t87>

**abends/nachts:**

**de.rt.com: Stärkung der NATO-Ostflanke: Deutschland und Großbritannien entsenden weitere Soldaten**

Deutschland und Großbritannien haben angekündigt, zur Stärkung der NATO-Ostflanke weitere Soldaten zu entsenden. Das Bundeswehr-Kontingent in Litauen wird um 350 Soldaten aufgestockt. Verteidigungsministerin Lambrecht erklärte: "Auf uns ist Verlass".

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) hat am 7. Februar im Rahmen eines Besuches auf dem Truppenübungsplatz Munster angekündigt, bis zu 350 Soldaten nach Litauen zu entsenden.

Zuvor hatte sie bereits der Funke Mediengruppe eine mögliche Aufstockung des dortigen Truppenkontingentes angedeutet.

Zu den Gründen erläuterte die Verteidigungsministerin vor den Soldaten des Übungsplatzes, dass die Entsendung der Truppen nach Litauen der Stärkung des deutschen Kräftebeitrages an der NATO-Ostflanke diene und zudem "ein klares Signal der Entschlossenheit an unsere Bündnispartner" senden werde. An die NATO-Bündnispartner gewandt, ergänzte sie: "Auf uns ist Verlass."

So sei das Militär bereit, die zusätzlichen Soldaten "binnen weniger Tage in Marsch" zu setzen. Den Bundestag habe sie gerade darüber informiert.

In dem an die russische Exklave Kaliningrad und Weißrussland angrenzenden Land sind im Rahmen der NATO Enhanced Forward Presence aktuell rund 500 Bundeswehrsoldaten stationiert.

Neben Lambrecht kündigte auch der britische Verteidigungsminister Ben Wallace nahezu zeitgleich an, ebenfalls 350 Soldaten an die NATO-Ostflanke zu entsenden. Demnach sollen die britischen Einsatzkräfte in Polen stationiert werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6201635748fbef508621bb0b.jpg>

**wpered.su: Notwendig sind zusätzliche Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit im Westen über die wahre Natur des Konflikts im Donbass – Michail Kuchtin**  
***Wie bewerten Sie, die Kommunisten, die derzeitige politische Situation in der Ukraine und in Russland?***

Die wachsende Spannung in den Beziehungen zwischen der NATO und Russland zwingt viele Beobachter, sich um die Zukunft des Friedens in Europa und der ganzen Welt zu sorgen. Die Ukraine ist ein typischer nicht zustande gekommener Staat, der von ausländischen politischen Akteuren kontrolliert wird. Auf der anderen Seite ist es für Russland, trotz seines unstreitigen geopolitischen Gewichts, schwierig, eine annehmbare Regelung in der Ukraine zu erreichen. Den Plänen Moskaus steht der Westen entgegen, aber gleichzeitig hindert die eigene Eingebundenheit Russlands in das globale kapitalistische System es daran, die Probleme zu lösen, die ohne sozialistische Umgestaltungen nicht zu überwinden sind.

***Was denken Sie, ist ein Krieg wahrscheinlich?***

Der Imperialismus bringt folgerichtig Krieg hervor, was seine unveränderliche innere Natur zum Ausdruck bringt. Solange es den Imperialismus gibt, ist Krieg immer möglich.

***Welche Bündnispartner hat die NATO in der Ukraine?***

Es ist schwer zu sagen, ob die NATO daran interessiert ist, dass die Regierung Selenskijs nicht die Macht verliert. Einige imperialistische Gruppierungen in westlichen Ländern wollen eine Wiederwahl von Poroschenko. Andere streben möglicherweise danach, eine offen nazistische Regierung an die Macht zu bringen, um den Konflikt im Donbass noch mehr zu verschärfen. Ein großer Teil der westlichen politischen Elite ist einmütig in seiner Absicht, die Staatlichkeit der Ukraine noch mehr zu untergraben und das Land auch weiter als Brückenkopf in dem anhaltenden Konflikt mit Russland zu nutzen.

***Was sollten wir als Internationalisten in den NATO-Ländern tun, um den Imperialismus zu bekämpfen, und wie können wir der Arbeiterklasse des Donbass helfen?***

Es wäre gut, zusätzliche Maßnahmen zur Information einer breiten Öffentlichkeit im Westen über die wahre Natur des Konflikts im Donbass zu ergreifen. Wenn wir wenigstens teilweise die öffentliche Meinung in den NATO-Ländern ändern, so wird das dabei helfen,

antidemokratischen Prozeduren der Entscheidungsfindung, die von den Imperialisten zur Entfaltung von Konflikten in der ganzen Welt genutzt werden, die Legitimität zu entziehen.

**Zum Schluss, was würden Sie den linken Bewegungen sagen, die sich weigern, die Donezker und die Lugansker Volksrepublik zu unterstützen?**

Es ist wahrscheinlich nicht möglich, eine allgemeine Erklärung für ein solches Verhalten zu geben. Einige von ihnen könnten schlecht informiert sein oder unter Einfluss von weit verbreiteten politischen Stereotypen stehen. Wenn wir unsere Gegenpropaganda verstärken, gibt es die Hoffnung, dass sie ihre Meinung ändern. Auf der anderen Seite gibt es politische Bewegungen, die sich gewöhnlich für links halten, die schon vollständig in die kapitalistische Gesellschaft integriert sind. Unabhängig von ihrer Terminologie ist ihre Klassenposition weit von der proletarischen entfernt. Objektiv spalten sie die Arbeiterklasse und unterstützen die Reproduktion und Stärkung imperialistischer Strukturen der Entfremdung.

*Michail Kuchtin, Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KP der DVR*

*Das Gespräch führte Lorena Serantes*

### **de.rt.com: Berichte: USA erwägen Erlaubnis für begrenzten Erdölhandel mit Venezuela zwecks Schuldentilgung**

Washington könne laut Medienberichten eine leichte Lockerung seiner Sanktionen gegenüber Venezuela einleiten. Das US-Unternehmen Chevron, dem die staatliche venezolanische Erdölfirma Hunderte Millionen US-Dollar schuldet, könnte dann in begrenztem Umfang venezolanisches Erdöl annehmen.

In Washington, D.C. erwägt man offenbar, ein Ansinnen des US-Ölkonzerns Chevron umzusetzen, nämlich dem Unternehmen zu erlauben, venezolanische Öllieferungen anzunehmen und damit zu handeln, um Schulden zu begleichen, wie Reuters am Montag unter Berufung auf anonyme Quellen berichtete.

Chevron-Vertreter hätten in den letzten Monaten mindestens ein hochrangiges Treffen mit US-Diplomaten und Abgesandten der venezolanischen Opposition abgehalten.

Das US-Unternehmen bemüht sich seit einem Jahr um eine Änderung seiner Betriebsgenehmigung in Venezuela. Der Energieriese möchte, dass Washington jene Handelsprivilegien wieder einführt, die er eine Zeit lang unter der damaligen Regierung von Präsident Donald Trump genoss. Damals war es dem Unternehmen zusammen mit anderen ausländischen Produzenten gestattet, venezolanisches Öl anzunehmen und zu exportieren, um Dividenden und Schulden aus Gemeinschaftsunternehmen mit der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA zu begleichen.

Im Rahmen dieser Vereinbarung durfte Chevron bis Mitte 2020 bis zu zwei Millionen Barrel venezolanisches Rohöl pro Monat handeln. Venezuela schuldet Chevron Hunderte von Millionen Dollar aus den Joint Ventures. Eine der Quellen sagte gegenüber Reuters: "Die Biden-Regierung hat mehr und mehr Anreize, die Sanktionen gegen Venezuela zu lockern, nachdem Trumps Strategie gescheitert ist."

Der Sprecher des US-Außenministeriums sagte, dass die Regierung "keine Sanktionsmaßnahmen vorsieht". Dem Beamten zufolge verwehren die US-Sanktionen "dem Maduro-Regime Einnahmequellen, die die Unterdrückung finanzieren und die Taschen der Regimevertreter füllen, und schützen das US-Finanzsystem vor korrupten und illegalen Finanzströmen".

Bei einem Großteil des von Washington seit 2019 genehmigten Erdölhandels mit Venezuela erhielt Caracas im Gegenzug Treibstoff. Dadurch wollen die USA sicherstellen, dass venezolanisches Rohöl nicht weiterverkauft wird und somit Maduros Regierung und die PDVSA keine Devisen erhalten.

Die Regierung Maduro wehrt sich schon längere Zeit gegen die Sanktionen unter anderem der USA und der Europäischen Union. Letztes Jahr wurde Venezuela auch der Zugang zu seinen im Vereinigten Königreich Großbritannien gelagerten Goldreserven im Wert von fast 2

Milliarden US-Dollar verweigert, indem man in London erklärte, Maduro dürfe "zu keinem Zweck" als Präsident seines Landes anerkannt werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6201770cb480cc1b302db59c.jpg>

### de.rt.com: **Putin nach Gipfel mit Macron: Russland und Frankreich teilen Sicherheitsbedenken in Europa**

Am Montag stand das Thema europäische Sicherheit im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Wladimir Putin und Emmanuel Macron in Moskau. Die beiden Staatschefs waren sich einig, dass die Suche nach einem Kompromiss in der Ukraine-Krise in ihrem beidseitigem Interesse liege.

Am Montag hat der russische Präsident Wladimir Putin seinen französischen Amtskollegen Emmanuel Macron zu Gesprächen im Kreml empfangen. Das Treffen war vorrangig der Lösungssuche vor dem Hintergrund wachsender Spannungen an der ukrainischen Ostgrenze gewidmet. In seiner Eröffnungsrede betonte Macron, dass die gesuchte Lösung für ganz Europa von Vorteil sein müsse und dass dabei nicht nur die Sicherheit der Ukraine selbst, sondern die des gesamten Kontinents auf dem Spiel stehe. Frankreichs Staatsoberhaupt führte aus:

"Ich glaube, dass das heutige Gespräch für mich der Beginn des Weges sein kann, den wir gehen sollten – des Weges der Deeskalation. Daher freue ich mich, dass ich diese Fragen eingehend erörtern kann und wir eine gegenseitig vorteilhafte Antwort für Russland und für ganz Europa finden können. Eine nützliche Antwort ist die Antwort, die hilft, einen Krieg zu vermeiden."

Seinerseits merkte Putin an, dass die aktuelle Sicherheitslage in Europa ein Grund zur gemeinsamen Sorge für Moskau und Paris sei:

"Wir haben eine gemeinsame Sorge bezüglich dessen, was im Sicherheitsbereich in Europa passiert."

Der russische Präsident verwies auf die symbolische Bedeutung seines Treffens mit Macron, das am Tag der Unterzeichnung des Vertrags über besondere Beziehungen zwischen Russland und Frankreich vor genau 30 Jahren stattfand. Über all die Jahre hinweg sei Frankreich sehr aktiv an der Lösung der grundlegenden Fragen der europäischen Sicherheit beteiligt gewesen, sagte Putin und bedankte sich bei seinem französischen Amtskollegen für den Beitrag dessen Landes. Der russische Staatschef wörtlich:

"Ich sehe, wie viele Bemühungen die amtierende französische Regierung und der französische Präsident persönlich an den Tag legen, um die Krise im Zusammenhang mit der Gewährleistung gleicher Sicherheit in Europa in ernsthafter historischer Perspektive zu lösen und die Aufgaben zu lösen, die eng mit dem ersten Teil – der Lösung der innerukrainischen Krise im Südosten des Landes – zusammenhängen".

Beim Gipfel am Montag trafen sich Putin und Macron zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder

persönlich. Die mehrstündigen Gespräche verliefen in einer vertraulichen Weise, die beiden Staatsoberhäupter duzten einander. Dem Treffen waren mehrere Krisentelefonate zwischen Putin und Macron in den vergangenen Tagen vorausgegangen.

Am Dienstag wird Macron in der ukrainischen Hauptstadt Kiew erwartet, wo er Gespräche mit Präsident Wladimir Selenskij führen wird. Danach reist er nach Deutschland weiter, um nach dessen Rückkehr von einem Treffen mit Joe Biden mit Kanzler Olaf Scholz über das weitere Vorgehen in der Krise zu beraten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62016a2648fbef4b51667bcb.jpg>

### snews.de: **Nord Stream 1: Gazprom wiederholt mit 59,2 Mrd. Kubikmetern Rekord von 2020**

Der russische Gasgigant Gazprom hat im vergangenen Jahr 59,2 Milliarden Kubikmeter durch die Pipeline Nord Stream 1 nach Deutschland gepumpt und somit den Rekord von 2020 wiederholt. Das teilte der Projektbetreiber Nord Stream AG am Montag mit.

„Zuverlässige und effektive Lieferungen durch Nord Stream 1 erfolgen in strikter Übereinstimmung mit den in der Branche gültigen Standards“, hieß es in der Mitteilung. Seit der Inbetriebnahme am 8. November 2011 seien durch diese Leitung 441 Milliarden Kubikmeter Gas nach Deutschland transportiert worden. Die Nord Stream AG erfülle strikt alle Kundenaufträge.

### **Gaspipeline Nord Stream 1**

Die Ostseegaspipeline Nord Stream 1 mit einer Durchsatzkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr verläuft von Wyborg nach Greifswald. Gazprom hält 51 Prozent der Anteile an der Nord Stream AG. Die deutschen Unternehmen Wintershall Dea und E.ON besitzen je 15,5 Prozent sowie die niederländische Gasunie und die französische Engie je neun Prozent der Anteile.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/07/5275390\\_0:178:3011:1871\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_594f9085a7673f264025c5eb474cad83.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/07/5275390_0:178:3011:1871_1920x0_80_0_0_594f9085a7673f264025c5eb474cad83.jpg)

snanews.de: **Gespräche in Washington: Scholz und Biden wollen gemeinsam gegen „russische Aggression“ vorgehen**

Beim Antrittsbesuch von Bundeskanzler Olaf Scholz bei US-Präsident Joe Biden haben beide Seiten Geschlossenheit in der Ukraine-Krise und im transatlantischen Verhältnis demonstriert und Russland mit Konsequenzen im Fall einer Eskalation um die Ukraine gedroht.

„Deutschland ist einer der engsten Verbündeten Amerikas“, sagte Biden am Montag beim Treffen mit Scholz im Oval Office. Er freue sich auf die enge Zusammenarbeit. Scholz betonte: „Wir sind engste Verbündete und arbeiten intensiv zusammen, und das ist notwendig, um die Schritte zu unternehmen, die wir zum Beispiel im Kampf gegen die russische Aggression gegenüber der Ukraine unternehmen müssen.“

US-Präsident Joe Biden hat Deutschland beim Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz im Weißen Haus als verlässlichen Partner gewürdigt. „Deutschland und die Vereinigten Staaten sind enge Freunde, verlässliche Partner, und wir können uns aufeinander verlassen“, sagte Biden am Montag in der US-Hauptstadt Washington bei einer gemeinsamen Pressekonferenz. Es gebe kein Thema von globaler Bedeutung, bei dem Deutschland und die USA nicht zusammenarbeiten würden, betonte Biden.

**Biden: Habe „überhaupt keinen Zweifel an Deutschland“**

Deutschland genießt US-Präsident Joe Biden zufolge das vollkommene Vertrauen der USA. „Es ist nicht nötig, Vertrauen zurückzugewinnen“, sagte Biden am Montag auf eine Frage nach der Zuverlässigkeit Deutschlands in der Ukraine-Krise. Deutschland habe das volle Vertrauen der Vereinigten Staaten. „Deutschland ist einer unserer wichtigsten Verbündeten in der Welt. An der Partnerschaft Deutschlands mit den Vereinigten Staaten gibt es keinen Zweifel“, sagte Biden weiter. „Ich habe überhaupt keinen Zweifel an Deutschland.“

Scholz wird von einigen Bündnispartnern vorgeworfen, in der Ukraine-Krise zu wenig Druck auf Russland auszuüben. Auch in den USA sind Zweifel laut geworden, ob man im Ernstfall auf Deutschland zählen könne.

**Russische Ukraine-Invasion wäre „Aus für Nord Stream 2“**

Eine russischer Einmarsch in die Ukraine würde nach den Worten von US-Präsident Joe Biden das Aus für die Gaspipeline Nord Stream 2 bedeuten. Im Fall einer russischen Invasion der Ukraine „wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.“ Auf die Frage, wie er das bei einem Projekt unter deutscher Kontrolle bewerkstelligen wolle, sagte Biden: „Ich verspreche Ihnen, dass wir es schaffen werden.“

Scholz erwähnte Nord Stream 2 nicht namentlich. Der SPD-Politiker betonte bei der Pressekonferenz erneut, mögliche Sanktionen im Fall einer russischen Invasion der Ukraine seien intensiv vorbereitet worden. Es gehöre dazu, dabei nicht alles zu benennen, um Moskau nicht alle Pläne vorab offenzulegen. Scholz versprach aber: „Wir werden bei den Sanktionen komplett einvernehmlich agieren.“ Die transatlantischen Partner seien in der Frage vereint und würden die gleichen Schritte unternehmen. Diese würden sehr hart für Russland. Die fertiggestellte Pipeline Nord Stream 2 soll von der Bundesnetzagentur zertifiziert werden. Der Prozess musste zeitweilig gestoppt werden, weil laut der Behörde nicht alle notwendigen Dokumente vorliegen. Die Entscheidung, die von der Regulierungsbehörde getroffen wird, soll noch von der EU-Kommission bestätigt werden. Dabei will das Gremium die Meinung der Ukraine berücksichtigen.

Die Ukraine und mehrere EU-Länder versuchen nach Kräften, die Inbetriebnahme der komplett fertiggestellten Pipeline zu verhindern. Kiew befürchtet, die Rolle eines wichtigen Gastransiteurs einzubüßen. Zudem will der Westen die Gasleitung als Sanktionsinstrument für den Fall nutzen, dass Russland die Ukraine angreift.

In letzter Zeit haben die westlichen Staaten ihre Besorgnis in Bezug auf angeblich

zunehmende „aggressive Aktivitäten“ seitens Russlands in der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Moskau weist alle Vorwürfe zurück und betont, dass Russland seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums verlege. Der Kreml und das Außenministerium haben wiederholt darauf hingewiesen, dass das Ziel der Geschichten über eine mögliche „russische Aggression“ darin bestehe, eine Gruppierung der Nato nahe der russischen Grenze aufzubauen.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/07/5275667\\_0:197:2941:1851\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_7fae6408e8066e6563efc4c04b8e9000.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/07/5275667_0:197:2941:1851_1920x0_80_0_0_7fae6408e8066e6563efc4c04b8e9000.jpg)

#### de.rt.com: **Kuba prangert 60 Jahre illegale US-Blockade an**

Am 3. Februar 1962 begann offiziell die US-Blockade gegen Kuba. Die Verluste durch diese illegale Politik beziffern sich laut Havanna auf über 144.413 Milliarden US-Dollar. Alljährlich verurteilen fast alle Staaten der Welt in einer Resolution der UN-Vollversammlung diese Blockade.

Anlässlich des 60. Jahrestages der Verhängung der völkerrechtswidrigen US-Blockade gegen Kuba hat das lateinamerikanische Land eine Proklamation veröffentlicht, deren Volltext auf dem Portal Amerika 21 zugänglich ist. Havanna verurteilt die bereits noch vom damaligen US-Präsidenten John F. Kennedy am 3. Februar 1962 verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade.

Von diesem Augenblick an wäre "die Politik der Blockade und wirtschaftlichen Erstickung" der zentrale Bestandteil des Versuchs der USA gewesen, die Kubaner davon abzuhalten, ihr "legitimes Recht" wahrzunehmen, "ihre Souveränität zu verteidigen und ein emanzipatorisches Projekt außerhalb der imperialistischen Vorherrschaft zu schmieden".

Laut der Proklamation verfolgte man in Washington, D.C. mit dieser Blockade trotz wechselnder Vorwände stets dasselbe Ziel, wie es nämlich der US-Unterstaatssekretär Lester D. Mallory in einem offiziellen Schreiben nur wenige Monate nach der erfolgreichen Revolution auf Kuba beschrieben hatte:

"(Die) Enttäuschung und Entmutigung durch wirtschaftliche Unzufriedenheit und Not zu provozieren (...) das Wirtschaftsleben zu schwächen, indem Kuba Geld und Lieferungen verweigert werden, und somit die Nominal- und Reallöhne zu senken, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen."

Die US-Blockade gegen Kuba habe sich "zum komplexesten, langwierigsten und unmenschlichsten Akt der Wirtschaftskriegsführung" in der Menschheitsgeschichte entwickelt.

Havanna verurteilt zudem die Extraterritorialität dieser US-Sanktionen, die auch Drittstaaten daran hindern sollen, normale wirtschaftliche Beziehungen mit Kuba einzugehen. Durch die Blockade versuche man in Washington, das lateinamerikanische Land "durch Druck, Erpressung und Sanktionen" zu isolieren.

"Sie ist der praktische Ausdruck der Monroe-Doktrin im 21. Jahrhundert, die Lateinamerika und die Karibik aus der Position des Besitzers betrachtet, sei es nun 'Hinterhof oder Vorhof'." Da die US-Blockade nicht einmal einen "Hauch einer Legitimität" oder einer "moralischen Rechtfertigung" hatte, hätte man sich in Washington, D.C. auch gezwungen gesehen, "Lügen zu verbreiten".

Die USA betreiben laut Kuba auch eine von ihnen selbst finanzierte Kampagne, um die "kriminellen Wirkungen" dieser Sanktionen zu leugnen. Das verurteilt Kuba als "Unwahrheit, die über die mächtigen Medien im Dienste des Imperialismus und über die digitalen Netze verbreitet wird".

Kubanischen Schätzungen zufolge beziffern sich die durch die US-Blockade erlittenen Verluste auf gewaltige 144.413,40 Milliarden US-Dollar.

Trotz der enormen Angriffe der USA hätten die "Stärken des kubanischen sozialistischen Systems und die Einheit des Volkes" eine "herausragende menschliche Entwicklung" und "unbestreitbare Fortschritte bei der sozialen Gerechtigkeit" ermöglicht.

Kuba weist darauf hin, dass die US-Blockade von fast allen Staaten auf der Welt abgelehnt wird, wie alljährlich eine Resolution der UNO-Generalversammlung zu dem Thema dokumentiert.

"Seit 1959 haben dreizehn Präsidenten im Weißen Haus regiert. Mit gewissen Nuancen blieb in allen Fällen die dahingehende Fokussierung bestehen, durch die strikte Anwendung der Blockade den wirtschaftlichen Zusammenbruch und die Unhaltbarkeit des revolutionären Projekts zu provozieren. Offenbar haben 60 Jahre nicht ausgereicht, um zu begreifen, dass sie die Ziele ihrer Befürworter nicht erfüllt hat und auch nicht erfüllen wird."

Kuba werde solange diese Blockade anprangern, "bis diese unmenschliche und illegale Politik vollständig aufgehoben ist."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620162f4b480cc1c085db96a.jpeg>

**vormittags:**

**de.rt.com: Gerüchte über amerikanische Hyperschallraketen in Mainz-Kastel – US-Regierung dementiert**

Von britischen Medien verbreitete Nachrichten, wonach atomar bestückbare US-Hyperschallraketen vom Typ "Dark Eagle" in Mainz-Kastel stationiert worden sein sollen, führten zu Sorgen bei der dortigen Bevölkerung. Kommunalpolitiker forderten Antworten – und bekamen nun eine hochoffizielle.

Vergangenen November hatten britische Medien die Nachricht verbreitet, dass die USA im Rahmen der Reaktivierung des 56. Artilleriekommandos in der Wiesbadener Clay-Kaserne atomar bestückbare "Dark Eagle"-Hyperschallraketen stationiert haben. Diese seien im Falle eines Einsatzbefehls in der Lage, innerhalb von 21 Minuten und 30 Sekunden Moskau zu

treffen.

Das "56th Field Artillery Command" diente zuletzt von 1986 bis 1991 als Pershing-Raketen-Hauptquartier und wurde nach Zustandekommen des INF-Vertrages zwischen den USA und der damaligen UdSSR aufgelöst. Das Abkommen regelte die von beiden Parteien vereinbarte Abschaffung nuklear bestückbarer Mittelstreckenraketen, die eine Reichweite zwischen 500 bis 5.500 Kilometer vorwiesen.

Vorwürfe, Russland hätte die INF-Vertragsbedingungen durch Entwicklung neuer Raketentechnologie verletzt, führten zur einseitigen Kündigung des Abkommens durch die Trump-Administration und einer darauffolgenden Reaktivierung des 56.

Artilleriekommandos. Dieses hat laut US-Armee heute die Aufgabe, die US-Army Europe and Africa oder einen multinationalen Landstreitkräfteverband zu unterstützen und deren Einsatzbereitschaft sowie das Zusammenspiel verschiedenster Systeme, Techniken oder Organisationen zu verbessern.

Die der 56. Einheit unterstellte Multi-Domain-Taskforce (MDFT) sorgt seit den Behauptungen der britischen Nachrichten im November für Angst innerhalb der Bevölkerung, bei einer möglichen Eskalation des NATO/Russland-Konfliktes wegen entsprechender US-Tätigkeiten in der Region selbst Zielscheibe eines Angriffes zu werden. Die Grundaufstellung der MDFT setzt sich aus Raketenwerfer- und Flugabwehreinheiten sowie Einheiten mit Raketen und Marschflugkörpern zusammen.

Nach Angaben der US-Armee besteht die MDFT aus einem Hauptquartier, einer Abteilung für Nachrichtendienste, Cyberspace, elektronische Kriegsführung und Raumfahrt sowie einer Brigadeunterstützungskompanie. Der Einsatzverband der Multi-Domain-Taskforce ist seit letztem September in Mainz-Kastel stationiert und hat eine Aufstockung des Truppenkontingents von derzeit 12.500 Soldaten auf 13.000 bis 14.000 Soldaten zur Folge. Der Wiesbadener Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende (SPD) hatte Mitte Januar auf die Gerüchte reagiert und zusammen mit der Partei Die Linke eine Anfrage mit der Bitte um Aufklärung an Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) gestellt. Teile von Lambrechts Antwort wurden Ende Januar im Rahmen einer Pressemitteilung auf der Website der Stadt Wiesbaden veröffentlicht. Darin heißt es wörtlich:

"Die US-Regierung hat bestätigt, keine Raketensysteme beim 56th Artillery Command im Ortsbezirk Mainz-Kastel der Stadt Wiesbaden zu stationieren."

Laut der Pressemitteilung versicherte die Verteidigungsministerin in ihrem Schreiben, die Sorgen der Wiesbadener Anwohner bezüglich einer möglichen Stationierung von Langstreckenraketen in Wiesbaden "sehr ernst" zu nehmen. Demnach soll sie das Thema während ihres ersten Gesprächs mit US-Verteidigungsminister Lloyd Austin angesprochen haben. Austin soll versichert haben, dass es von der US-Regierung nicht beabsichtigt sei, entsprechende Raketensysteme in Wiesbaden zu stationieren. Gegenüber Mende beteuerte Lambrecht, das Verteidigungsministerium würde bei allen bündnispolitisch relevanten Fragen weiterhin im engen Austausch mit den amerikanischen Verbündeten bleiben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62011ff6b480cc5c134ba5e3.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 7. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

### de.rt.com: **US-Sanktionslockerungen ermöglichen Umgestaltung der iranischen Atomanlagen mit Russlands Hilfe**

Um eine Wiederbelebung des Atomabkommens zu erleichtern, kündigte Washington erste Lockerungen der Iran-Sanktionen an. Russland und China sollen einige Atomanlagen Irans für zivile Aktivitäten umbauen. Israel erklärt, das Land behalte sich militärische Maßnahmen vor.

Die kommenden Wochen gelten als entscheidend für die mögliche Wiederbelebung des Atomdeals 2015. Um diese zu erleichtern, kündigte Washington am Freitagabend erste Lockerungen der Sanktion gegen Iran an. Mit diesem Schritt wolle die US-Regierung "technische Diskussionen" in der letzten Phase der Wiener Atomverhandlungen "erleichtern". Andere Länder und Unternehmen können sich nun wieder am zivilen Atomprogramm Irans beteiligen, ohne US-Sanktionen zu befürchten.

Der US-Schritt vom Freitag enthält laut mehreren Berichten sechs Klauseln, die es ausländischen Ländern und Unternehmen aus Russland, China und Europa nun erlauben, mit den zivilen Teilen des iranischen Atomprogramms zusammenzuarbeiten.

Laut einer von Reuters zitierten Mitteilung des US-Außenministeriums beinhalten die Klauseln die Möglichkeit, dass die iranische Atomanlage Fordo mit der Hilfe Russlands zu einem Forschungszentrum für die Produktion stabiler radioaktiver Isotope umgebaut wird, die für medizinische Zwecke verwendet werden. Die Atomanlage Fordo ist eine kerntechnische Anlage zur Anreicherung von Uran. Sie ist Teil des iranischen Atomprogramms. Berichten zufolge können Großbritannien und China der iranischen Regierung helfen, den Schwerwasserreaktor in der Stadt Arak in einen Leichtwasserreaktor umzuwandeln. Ein Leichtwasserreaktor, wie ihn Iran in Buschehr hat, dient der Stromerzeugung.

Die "atomare" Verzichtserklärung erlaubt auch die russische Lieferung von Kernbrennstoff an den Teheraner Forschungsreaktor und das Kernkraftwerk Buschehr sowie den Export überschüssigen Schwerwassers, wenn Iran die Obergrenze seiner Schwerwasserbestände im Rahmen des Abkommens von 2015 überschreitet. In dem Bericht heißt es weiter, dass die Lockerung der Sanktionen es Iran erlaubt, Yellowcake (ein gelbes, pulverförmiges Zwischenprodukt) aus Russland zu erhalten.

Die ehemalige US-Regierung hatte die sogenannten Verzichtserklärungen im Mai 2020 als Teil ihrer Kampagne maximalen Drucks gegen Iran beendet, nachdem die USA unter dem

damaligen Präsidenten Donald Trump bereits einseitig 2018 aus dem Atomdeal ausgestiegen waren.

Die Aufhebung der Sanktionen gegen Teheran hätte laut Daily Mail die Freigabe der im Ausland eingefrorenen Gelder Irans zur Folge, die auf etwa 29 Milliarden US-Dollar geschätzt werden – etwa ein Drittel dessen, was Teheran im Ausland besitzt. Iran wäre es wieder erlaubt, mit dem Rest der Welt Handel zu treiben und globale Bankensysteme wie SWIFT zu nutzen – unter anderem, um Öl unter normalen Bedingungen zu verkaufen und Erlöse daraus zu erhalten.

Israels Regierungschef Naftali Bennett kündigte mittlerweile an, sich das Recht auf militärische Maßnahmen vorzubehalten, auch wenn die internationalen Mächte ein Abkommen mit Iran erzielen sollten. Wer glaube, dass eine Einigung die Stabilität erhöhe, liege falsch. Sie würde die Urananreicherung durch Iran vorübergehend verzögern, "aber wir alle in der Region werden einen unverhältnismäßig hohen Preis dafür zahlen", erklärte Bennett am Sonntag.

In Wien finden seit April 2021 indirekte Verhandlungen zwischen Iran und den USA statt. Sie zielen darauf ab, die Vereinbarungen des Atomdeals von 2015 wiederherzustellen, die die US-Regierung unter dem früheren Präsidenten Trump einseitig gekündigt hatten und gegen deren Bestimmungen als Gegenmaßnahme später auch Iran verstieß.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6201294fb480cc5be51629b8.jpg>

### **dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 7. Februar 3:00 Uhr bis 8. Februar 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

*Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).*

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der Ortschaft **Kominternowo**.

**Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 4.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 5 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

### **de.rt.com: Putin: Im Krieg gegen Atommacht Russland wird es keine Sieger geben**

Sollte die Ukraine der NATO beitreten, könnte das zu einem Krieg in Europa führen. Darauf wies der russische Staatschef Wladimir Putin hin. Es gebe keine Garantien, dass Kiew nach einem Beitritt nicht versuchen werde, einen Krieg um die Krim anzuzetteln.

Am Montag hat der russische Präsident Wladimir Putin auf einer gemeinsamen

Pressekonferenz mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron erklärt, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine und ein anschließender Versuch, die Krim zurückzuerobern, zu einem Krieg zwischen Russland und Frankreich führen könnte.

Auf die Bemerkung eines französischen Journalisten erklärte Putin unmissverständlich, was die Aufnahme der Ukraine in die NATO zur Folge haben könnte. Er fragte:

"Sie wollen, dass Frankreich gegen Russland Krieg führt?"

Das sei, was passieren würde, wenn die Ukraine der NATO beitrete und versuche, ihre "Politik der Wiedereingliederung der Krim" mit Gewalt durchzusetzen, so Putin weiter. Kiew habe Russland als einen Feind eingestuft und bestehe darauf, dass die Krim zur Ukraine gehöre, betonte der russische Präsident. Nach dem Putsch in Kiew im Jahr 2014 stimmte die Bevölkerung der Halbinsel für die Rückkehr zu Russland, was von den meisten NATO-Ländern nicht anerkannt wird. Im Hinblick auf die aktuelle Lage sagte Putin:

"Sie fragen mich, ob Russland einen Krieg mit der NATO führen will. Ich frage Sie: Will denn die NATO einen Krieg mit Russland führen?"

Ein Angriff der Ukraine auf die Krim würde Artikel 5 des NATO-Vertrags aktivieren und ganz Europa in einen Krieg mit Russland hineinziehen, betonte Putin und fügte hinzu:

"Russland ist eine der führenden Atommächte der Welt. Es würde keine Sieger geben."

In Bezug auf seinen französischen Amtskollegen sagte Putin, Macron "wünscht sich ein solches Ergebnis nicht – und ich auch nicht". Er wies darauf hin, dass Kiew bereits zweimal Gewalt zur Lösung der Krise im Donbass – den beiden östlichen Regionen Donezk und Lugansk, die sich zu unabhängigen Volksrepubliken erklärt haben – eingesetzt habe. Er fragte:

"Wo sind unsere Garantien, dass sie es nicht wieder versuchen werden?"

Macron besuchte am Montag Moskau, um die Lage in der Ukraine, allgemeine Fragen zur Sicherheit in Europa sowie die bilateralen Beziehungen zu Russland zu erörtern. Am Dienstag wird er zu Gesprächen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in Kiew erwartet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62022d27b480cc18a5014517.png>

Lug-info.com: In der LVR sind am 8. Februar um 9:00 Uhr 24.427 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

2126 Personen sind derzeit erkrankt, 19.112 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3198 Todesfälle.

snanews.de: **Putin: Ukraine nimmt Kurs auf Abbau von Minsker Vereinbarungen**

Nach den Gesprächen mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron hat der

russische Präsident Wladimir Putin Kiew vorgeworfen, Kurs auf den Abbau der Minsker Abkommen genommen zu haben. Außerdem hat Putin auf das Vorgehen der Nato verwiesen, die die Ukraine weiter mit Waffen beliefert.

„Meiner Meinung nach ist es für alle offensichtlich, dass die heutigen Behörden in Kiew einen Kurs auf den Abbau von Minsker Vereinbarungen genommen haben. In grundlegenden Fragen wie der Verfassungsreform, der Amnestie, den Kommunalwahlen und den rechtlichen Aspekten des Sonderstatus des Donbass gibt es keine Fortschritte“, sagte er bei einer Pressekonferenz nach den russisch-französischen Gesprächen in der Nacht zum Dienstag.

„Die – zumindest für Experten – bekannte Steinmeier-Formel ist bislang nicht im ukrainischen Recht verankert“, so Putin weiter.

#### **„Nato-Länder pumpen Ukraine mit modernen Waffen auf“**

Außerdem warf der russische Staatschef den Nato-Ländern vor, die Bewegung der russischen Truppen als unfaires Argument zu benutzen, um Waffen an die Ukraine zu liefern.

„Nachdem die Nato und ihre Mitgliedstaaten ihre militärische Infrastruktur ganz dicht an unsere Grenzen verlegt haben, sehen sie sich berechtigt, uns ein wenig darüber zu belehren, wo und wie wir unsere Streitkräfte stationieren sollen, und halten es für möglich, zu verlangen, dass wir geplante Manöver und Übungen nicht durchführen“, beanstandete er.

„Und die Bewegung unserer Truppen auf unserem eigenen – ich möchte dies betonen – Territorium wird als Gefahr einer russischen Invasion dargestellt – in diesem Fall in die Ukraine. Angeblich fühlen sich sowohl die baltischen Staaten als auch unsere anderen Nachbarländer bedroht. Es ist nicht ganz klar, aus welchen Gründen“, fügte der russische Präsident hinzu. Jedenfalls werde diese Auffassung „als eine These benutzt, um eine unfreundliche Politik gegenüber Russland zu betreiben“.

„Bei dieser ‚Begleitmusik‘ pumpen die Nato-Mitgliedstaaten selbst die Ukraine weiterhin mit modernen Waffen auf, stellen erhebliche finanzielle Mittel für die Modernisierung der ukrainischen Armee bereit und entsenden Militärfachleute und Ausbilder“, sagte Putin abschließend.

Dieses Thema habe er auch mit dem französischen Präsidenten bei den sechsstündigen Verhandlungen besprochen.

#### **Besorgniserregende Situation an Berührungslinie im Donbass**

Moskau nimmt die Lage an der Berührungslinie im Donbass als besorgniserregend wahr. Seit mehreren Monaten stellt Russland fest, dass Kiew schwere Waffen und Kräfte an der Kontaktlinie im Donbass konzentriert. Moskau schließt nicht aus, dass die ukrainische Regierung Pläne zur gewaltsamen Lösung des Konflikts im Südosten des Landes schmiedet, während die westlichen Länder darüber hinwegsehen und weiterhin mit Waffen an die Ukraine liefern und Militärausbilder schicken.

Darüber hinaus blockiert Kiew die Arbeit in der Minsker Kontaktgruppe, verweigert den direkten Dialog mit den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk und arbeitet an Gesetzen, die in direktem Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen stehen.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/08/5277892\\_0:415:2903:2048\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_12e830dbacf8d66b37cd8a3efcaa864a.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/08/5277892_0:415:2903:2048_1920x0_80_0_0_12e830dbacf8d66b37cd8a3efcaa864a.jpg)

Mzdnr.ru: Am 7. Februar wurden in der DVR 6190 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 2409 positiv, bei 5 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 117 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 26 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 82 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 975 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 387 mit Sauerstoffunterstützung (+20 in den letzten 24 Stunden).

Am 8. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 133.129 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

12.909 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 110.642 als gesund entlassen, es gibt 9578 Todesfälle.

### de.rt.com: **Abgesagtes Treffen zwischen Selenskij und Baerbock sorgt für Spekulationen**

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock wird bei ihrem Besuch in der Ukraine nicht wie geplant Staatschef Wladimir Selenskij treffen. Sie muss mit Ministerpräsident Denis Schmigal vorlieb nehmen – laut einem Medienbericht habe Selenskij das Treffen "mit Absicht abgesagt".

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock wird bei ihrem Ukraine-Besuch nicht mit dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij zusammentreffen. Die Grünen-Politikern spricht stattdessen mit Ministerpräsident Denis Schmigal, wie aus ihrer Delegation in Kiew mitgeteilt wurde. Begründet wurde dies offiziell mit anderen Terminen. Doch einem Medienbericht zufolge, soll Selenskij das Treffen mit "Absicht abgesagt haben".

Der CNN-Journalist Jake Tapper will aus einer "der ukrainischen Regierung nahestehenden Quelle" erfahren haben, dass die Ukrainer verärgert über die deutsche Haltung zu Nord Stream 2 sind. Auf Twitter schrieb Trapper:

"Aus einer der ukrainischen Regierung nahestehenden Quelle erfahre ich, dass Präsident Selenskij sein heutiges Treffen mit der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock abgesagt hat, weil diese sich weigerte zu sagen, dass Deutschland die Nord-Stream-2-Pipeline im Falle einer russischen Invasion aufgeben würde."

Neben Nord Stream 2 soll auch die Weigerung Deutschlands, Waffen an die Ukraine zu liefern, für weitere Verstimmungen gesorgt haben. Die Ukraine hatte kurz vor Baerbocks Reise der Bundesregierung eine Liste mit Waffenwünschen übermittelt. Auf der Liste finden sich Flugabwehr-Raketensysteme mittlerer Reichweite, tragbare Flugabwehr-Raketensysteme, Anti-Drohnen-Gewehre, Mikrowellen-Zerstörungssysteme, elektronische Ortungssysteme, Nachtsichtgeräte, Überwachungskameras und Munition.

Die Bundesregierung lehnt Lieferungen in Krisengebiete strikt ab. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte am Sonntag vor seinem Abflug zum Antrittsbesuch in Washington das deutsche Nein zu Waffenlieferungen bekräftigt. Laut Tapper sei die Absage an Baerbock kein Fehler in der Terminplanung des ukrainischen Präsidenten gewesen – es sei mit Absicht geschehen, so der Journalist unter Hinweis auf seine anonyme Quelle. Trapper weiter auf Twitter:

"Deutschland wird von vielen in Osteuropa und Kiew zunehmend mehr als russischer Verbündeter denn als westlicher Verbündeter gesehen."

Zum Auftakt ihres zweitägigen Besuches hatte Baerbock in Kiew die "Holodomor"-Gedenkstätte besucht, die an die Opfer der großen Hungersnot 1932/33 erinnert. Das ukrainische Wort Holodomor steht für "Mord durch Hunger". Damals sollen auf dem Gebiet der heutigen Ukraine mindestens drei Millionen Menschen verhungert sein.

Am Abend wollte Baerbock ein Militärkrankenhaus in Kiew besuchen, das von Deutschland mitfinanziert wird. Die Mittel sind unter anderem für medizinisches Gerät und

Ausbildungshilfe für junge Ärztinnen und Ärzte bestimmt. Seit 2019 sind insgesamt 10,3 Millionen Euro in die Ausrüstung der Sanitätsstreitkräfte geflossen. In dem Krankenhaus wird abschließend entschieden, welche Schwerverletzten im Ukraine-Konflikt mit einem fliegenden Hospital der deutschen Luftwaffe zur Behandlung in Bundeswehr-Krankenhäuser in Deutschland transportiert werden. Seit 2014 waren es gut 150 Soldaten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62023b9b48fbef0edd764912.jpg>

### **Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 8. Februar 2022**

Die militärisch-politische Führung der Ukraine setzt die Vorbereitung der Aggression gegen die Volksrepubliken fort.

Trotz der zuvor von uns veröffentlichten geheimen Informationen über die Durchführung einer Informationskampagne mit der Codebezeichnung „Crushing Sword“ durch Spezialdienste der Ukraine setzt die ukrainische Führung den bestätigten Plan fort.

So hat die geheimdienstliche Aufklärung der Volksmiliz der LVR **Informationen erhalten, dass ukrainische Spezialdienste einen inszenierten aufsehenerregenden terroristischen Akt** mit zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung in einem industriellen oder sozialen Objekt im Charkower, Lugansker oder Donezker Oblast **vorbereiten**, wo es gefährliche Produktionen gibt. Nach unseren Informationen ist die abschließende Entscheidung über Zeit und Ort der Umsetzung dieses blutigen Szenarios noch nicht getroffen.

Diese Diversion soll es nach dem Plan Kiews der Ukraine ermöglichen, vor der Weltgemeinschaft als Opfer des Terrorismus von Seiten der unabhängigen Republiken dazustehen und zu erklären, dass der Einsatz ihrer Streitkräfte unter dem **Vorwand der Beseitigung einer „terroristischen Gefahr im Donbass“** eine erzwungene Antwort ist. Außerdem erhalten wir weiter Informationen über die **Konzentration von ukrainischen Truppen und die Verstärkung der Einheiten** in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte, unter anderem:

im Verantwortungsbereich der 79. Luftsturmbrigade ist die Ankunft der 80. Luftsturmbrigade geplant, die gerade eine Ausbildungsmaßnahme unter Leitung von NATO-Instrukteuren auf dem Übungsplatz Staritschi in der Oblast Lwow abschließen und sich auf die Verlegung über Eisenbahn vorbereiten;

auf der Position des 34. Bataillons der 57. Panzergrenadierbrigade ist die Ankunft einer Aufklärungsgruppe aus einer Aufklärungskompanie der Einheit festzustellen;

in der 30. mechanisierten Brigade, der 79. Luftsturmbrigade, der 57. Panzergrenadierbrigade und der 81. Luftlandebrigade werden Übungen mit Flammenwerfermannschaften unter Heranziehung von Gruppen von Instrukteuren aus einem Ausbildungszentrum der ukrainischen Streitkräfte durchgeführt.

Außerdem haben wir Informationen erhalten, dass in der Ukraine mehr als 100 Soldaten der

Spezialoperationskräfte Großbritanniens eintrafen.

Obwohl Großbritannien offiziell erklärt, dass diese Soldaten Instrukteure sind und angeblich die ukrainische Armee ausbilden, hat unsere geheimdienstliche Aufklärung zuverlässige Informationen erhalten, dass **die britischen Spezialkräfte im Rahmen von regulären Einheiten eingetroffen sind und Aufgaben im Bereich von Aufklärungs- und Diversionsaktivitäten** ausführen können. In der nächsten Zeit wird ihr Eintreffen am Stationierungsort der 79. Luftsturmbrigade in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte erwartet.

Außerdem hat die geheimdienstliche Aufklärung der Volksmiliz der DVR Informationen über die **Ergebnisse einer Überprüfung des Stands der Gefechtsfähigkeit der Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte** in Bezug auf den Beginn einer Angriffsoperation erhalten. Bei der Kontrolle verwies der oberste Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte Salushnyj auf die äußerst geringe Personalausstattung der Truppenteile mit medizinischen Personal und die fehlende Vorbereitung der medizinischen Einrichtungen auf die Aufnahme einer großen Zahl von Verletzten. Aufgrund des Scheiterns der Vorbereitung des Sanitätsdienstes der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ wurde Oberst Ladanaj ein strenger Verweis ausgesprochen und die Aufgabe gestellt, die Einheiten in kürzester Zeit mit medizinischen Personal aufzustocken, einen Antrag auf Ausstattung der Einheiten mit Betäubungs- und Schmerzmitteln mit 50% über der Norm einzureichen. Das Kommando der Sanitätskräfte erhielt Anweisungen, Übungen mit außerplanmäßigen Medizinern auf Basis des 59. mobilen Hospitals in Sewerodonezk durchzuführen.

Wir werden weiter aufmerksam den Verlauf der Vorbereitung der Ukraine zu Kampfhandlungen gegen die Volksrepubliken verfolgen und die Vorbereitung der Truppenteile der Volksmiliz auf die Abwehr einer ukrainischen Aggression im Donbass durchführen.

### de.rt.com: **Die wichtigsten Aspekte des Treffens zwischen Macron und Putin zur Ukraine-Krise**

Frankreichs und Russlands Präsidenten sprachen am Montag fast sechs Stunden lang über eine Entspannung der Ukraine-Krise. Es war das erste Treffen Putins und Macrons seit mehr als zwei Jahren. Vor der Presse gaben die Staatschefs anschließend einige Ergebnisse des Treffens bekannt.

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron trafen sich am Montag in Moskau zu einem fast sechsstündigen Gespräch über die Krise in der Ukraine, die Sicherheit Europas und bilaterale Fragen. Anschließend gaben sie eine gemeinsame Pressekonferenz, auf der einige der Ergebnisse des Treffens bekannt gegeben wurden. Die Gespräche fanden inmitten der zunehmenden Spannungen in der Ukraine statt. Am heutigen Dienstag wird Macron den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in Kiew treffen.

### **Putin kritisiert, dass die NATO Russlands Sicherheitsvorschläge ignoriert hat**

Die Sicherheitsvorschläge, die Moskau im Dezember veröffentlicht hatte, enthielten drei Kernpunkte: keine weitere NATO-Osterweiterung, keine Stationierung von offensiven Waffensystemen entlang der russischen Grenzen und Rückzug der derzeitigen NATO-Truppen auf die Positionen von 1997. Die Antworten der NATO und der USA, die letzte Woche mit der Bitte um vertrauliche Behandlung übermittelt wurden, gingen auf diese Punkte überhaupt nicht ein. "Kein Ja oder Nein, als ob sie nie gefragt worden wären", erklärte Putin vor Reportern. "Wir haben nur politische Floskeln und Vorschläge zu verschiedenen zweitrangigen Fragen gesehen."

### **Macron schlägt neue "Sicherheitsmechanismen" für die Pattsituation in der Ukraine vor**

Der französische Präsident sagte, der Dialog mit Russland sei "die einzige Möglichkeit,

Sicherheit und Stabilität in Europa zu gewährleisten." Macron schlug vor, neue Mechanismen zu entwickeln und in Kraft zu setzen, sollten die bestehenden Mechanismen und Verträge für die Bewältigung der Sicherheitslage nicht ausreichen. Er betonte aber auch, Frankreich und Russland hätten "nicht dasselbe Verständnis" von der Bedeutung von Dokumenten wie der Schlussakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 – mit der die spätere Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gegründet wurde. Die Differenzen zwischen Moskau und Paris betrafen dabei vor allem Fragen der Menschenrechte und der territorialen Integrität von Staaten.

#### **Putin ist bereit, an Macrons Deeskalationsvorschlägen zu arbeiten**

Der russische Präsident wiederum erklärte, es sei "möglich", eine "Reihe" von Vorschlägen seines französischen Kollegen weiterzuverfolgen. Diese könnten zu einer Deeskalation der Lage in der Ukraine führen. Weder Putin noch Macron gaben indes Einzelheiten darüber bekannt, um was für Vorschläge es sich genau handelte. Putin sagte, er werde die Angelegenheit mit Macron weiter beraten, nachdem der französische Präsident die Möglichkeit gehabt habe, sich am 8. Februar mit dem Präsidenten der Ukraine zu treffen.

#### **Putin: Kiew muss sich an die Minsker Vereinbarungen halten und die Diskriminierung von Russen in der Ukraine beenden**

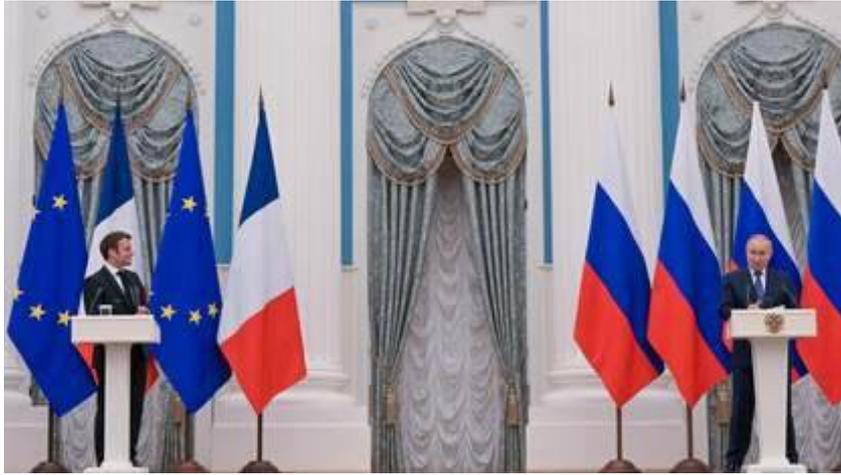
Putin erklärte vor Reportern, er habe Macron über die Weigerung der Ukraine informiert, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Die Regierung in Kiew wolle von Minsk II nichts wissen, obwohl sie in den letzten Wochen bei Treffen in Paris und Berlin entsprechende Zusagen gemacht habe. Anstatt den abtrünnigen Regionen Donezk und Lugansk schrittweise Autonomie zu gewähren, habe sich die Ukraine für die Verfolgung russischsprachiger Menschen im Land entschieden, sagte der russische Präsident.

"Was die Minsker Vereinbarungen anbelangt, so habe ich das Gefühl, dass es einfach keine Alternative zu ihnen gibt. Unabhängig davon, ob sie noch tragfähig sind oder irgendeine Perspektive haben."

#### **Putin warnt vor einem möglichen Atomkrieg, wenn die Ukraine der NATO beitrifft**

Die NATO habe zwar gesagt, dass es jedem Land freistehe, dem Militärbündnis beizutreten, wenn es dies wünsche. Ein solcher Beitritt der Ukraine könne aber schnell zu einem Atomkrieg mit Russland führen, gab Putin zu bedenken. Kiew habe Moskau als Gegner bezeichnet und bestehe darauf, dass die Krim zur Ukraine gehöre. Und damit seien die NATO-Länder einverstanden, so der russische Präsident. Die Halbinsel hatte nach dem Umsturz in Kiew im Februar 2014, der von den USA unterstützt wurde, mit überwältigender Mehrheit für den Wiederanschluss an Russland gestimmt. Moskau nahm die Krim einen Monat später offiziell wieder auf.

Die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine würde in dem Moment, in dem Kiew beschließt, die Krim gewaltsam zu "reintegrieren", die Klausel der gegenseitigen Verteidigung nach Artikel 5 des transatlantischen Bündnisses auslösen. Was im Grunde zu einem Krieg mit Russland, einer führenden Atommacht, führen würde. "Es würde keine Sieger geben", erklärte Putin vor der Presse. "[Macron] wünscht sich ein solches Ergebnis nicht. Und ich auch nicht."



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/6202107bb480cc78191ab3ce.jpg>

**Dnronline.su: Heute, am 5. Todestag der Helden der DVR Michail Tolstych (Giwi) fand in Donezk eine Gedenkkundgebung „Helden sterben nie“ statt.**

„Michail Tolstych ist ein echter Patriot des Donbass und eine Verkörperung des Muts und der Standhaftigkeit, die die Verteidiger unseres Volks in diesem Bürgerkrieg gezeigt haben. Und ohne dass es ihnen selbst bewusst war, gingen sie in die Geschichte als Verteidiger der Russischen Welt ein. Sie werden für immer in unserem Gedächtnis und dem Gedächtnis unserer Nachkommen bleiben“, sagte der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Wladimir Bidjowka.

„Als sie Michail ermordeten, dachten seine Mörder, dass eine Panik aufkommen würde. Aber alles lief genau umgekehrt. Sie wurden noch mehr gehasst. Und mit dem Namen Michail Tolstychs besiegt. Er konnte als Mensch überzeugen, er konnte führen. Ihm wurde vertraut“, sagte der Leiter der Abteilung für die Unterstützung der Soldaten im Ruhestand und für patriotische Erziehung beim Oberhaupt der DVR, der Held der DVR, Generalleutnant im Ruhestand Wladimir Kononow.

„Man sagt, dass die Jugend gewöhnlich nicht so ist wie wir. Aber das Leben beweist, dass mit der Jugend bei uns alles in Ordnung ist. 2014 nahm eine große Zahl junger Leute die Waffe in die Hand und beschämten nicht das Andenken der Vorfahren. Und solche Helden wie Michail Tolstych sind ein Orientierungspunkt für unsere Jugend“, sagte der Leiter des Zentralkomitees der gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ Alexej Muratow.

Die Versammelten ehrten das Andenken Michail Tolstychs mit einer Schweigeminute und legten Blumen an seiner Büste in der Allee der Helden nieder.

Auch das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin legte Blumen an dem Denkmal nieder und sagte:

„Unsere Aufgabe ist es, die Ziele zu erreichen, von denen Mischa träumte, für die er sein Leben gab. Das ist unsere Verpflichtung. Und wir gehen in die richtige Richtung. Wir beleben den Russischen Donbass wieder, das ist das, was uns nahe ist, das, was wir verstehen, was es uns erlaubt, wir selbst zu bleiben“, erklärte Denis Puschilin.

Der Kommandeur der legendären Einheit „Somali“ der Held der DVR Michail Tolstych starb am 8. Februar 2017 infolge einer Terroraktes durch Spezialdienste der Ukraine.

**snews.de: Kiew plant inszenierten Anschlag in Ost-Ukraine – Lugansker Republik**

Vor dem Hintergrund der Debatte um deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine will die abtrünnige „Volksrepublik Lugansk“ (LVR) im Osten des Landes von der Ankunft britischer Elite-Soldaten erfahren haben. Ein LVR-Sprecher wirft Kiew zudem vor, einen inszenierten Anschlag vorzubereiten.

„Nach unseren Aufklärungsangaben sind mehr als 100 britische Spezialkräfte in der Ukraine

eingetroffen“, sagte Iwan Filiponenko, Pressesprecher der sogenannten Volksmiliz, am Dienstag in Lugansk.

Nach seinen Worten reisten die britischen Elite-Soldaten unter dem Deckmantel von Militärausbildern ein und sind „in der Lage, Aufklärungsmissionen und Sabotageakte durchzuführen“. Die Volksrepublik befürchte nun, dass die Briten ins Konfliktgebiet im Donbass verlegt würden.

Filiponenko beschuldigte ferner die ukrainischen Geheimdienste, einen „inszenierten Anschlag mit zahlreichen zivilen Opfern“ im Donbass zu planen. Als mögliche Ziele kämen diverse Produktionsstätten im Raum Charkow, Lugansk oder Donezk in Frage, sagte der Sprecher und berief sich dabei auf von LVR-Agenten gelieferte Angaben.

In der vergangenen Woche hatte die Ukraine eine Wunschliste für Waffenlieferungen nach Berlin geschickt. Hintergrund waren Berichte über einen angeblich bevorstehenden militärischen Einmarsch Russlands in die Ukraine, die Moskau vehement dementiert. Die deutsche Regierung lehnt Lieferungen in Krisengebiete bisher strikt ab.

Die Volksrepublik Lugansk und die benachbarte Volksrepublik Donezk werden seit fast acht Jahren nicht mehr von der Regierung in Kiew kontrolliert. Die beiden Donbass-Regionen hatten nach dem Umsturz in Kiew Anfang 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt. Die ukrainische Regierung reagierte mit der Entsendung von Truppen. Der seitdem schwelende militärische Konflikt im Osten der Ukraine hat nach UN-Angaben mindestens 13.000 Menschen das Leben gekostet.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/13/5067023\\_0:101:3072:1829\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_5cfbc33bf1726815b8b2aa4d66ddaf8.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/13/5067023_0:101:3072:1829_1920x0_80_0_0_5cfbc33bf1726815b8b2aa4d66ddaf8.jpg)

**nachmittags:**

deu.belta.by: **Lukaschenko kommentiert Fake News über Entsendung belarussischer Militärs nach Syrien**

Präsident Alexander Lukaschenko hat heute in der Sitzung des Sicherheitsrates die Informationen über die angebliche Entsendung belarussischer Militärs nach Syrien kommentiert.

„Eine weitere Fälschung von gestern: Es hieß, dass die russische Regierung angeblich beschlossen hat, unsere Militärs nach Syrien zu schicken. Das war neu für mich. Nach dem geltenden Gesetz sind solche Entscheidungen ohne die Zustimmung des Präsidenten einfach nicht möglich. Aber ich habe niemanden nach Syrien geschickt. Vor langer Zeit hat uns die syrische Staatsführung gebeten, medizinische Hilfe zu leisten. Ich versprach, dass unsere Militärärzte nach Syrien fliegen würden, wenn sie das selbst wollten. Aber nicht heute. Denn wir haben im Moment genug eigene Probleme. Diese so genannte Pandemie ist noch nicht vorbei. In Minsk tobt die Grippe. Jeder Arzt zählt heute. Und in Syrien werde keine aktiven

Kampfhandlungen geführt“, sagte das Staatsoberhaupt.

Mit Russland sei früher eine Einigung über die gegenseitige Unterstützung erzielt worden, sagte Lukaschenko. Russische Ärzte hätten große Erfahrungen in den Kriegsgebieten gesammelt, diese Erfahrungen könnten sie mit ihren belarussischen Kollegen teilen. „Darum ging es nur im Zusammenhang mit der Entsendung der Ärzte nach Syrien“, fasste Alexander Lukaschenko zusammen.

Am Vortag berichtete die Nachrichtenagentur TASS, dass die Regierung der Russischen Föderation den Entwurf eines Abkommens über den Einsatz eines humanitären Militärkontingents von Belarus in Syrien gebilligt hat.

Das russische Verteidigungsministerium wurde angewiesen, die Verhandlungen mit Minsk zu führen und bei einer Einigung das Abkommen im Namen der Regierung zu unterzeichnen, wobei Änderungen am Entwurf, die nicht grundsätzlicher Natur sind, zugelassen werden.

Das Abkommen regelt Fragen im Zusammenhang mit der Beteiligung des belarussischen Militärkontingents an der Bereitstellung humanitärer Hilfe für Syrien. In dem Entwurf heißt es: „Das belarussische Militärkontingent ist an Aktivitäten beteiligt, die ausschließlich humanitären Zwecken außerhalb des Kampfgebietes dienen.“



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000019\\_1644313824\\_59719\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1644313824_59719_big.jpg)

**dnronline.su: Die DVR hat bezüglich Waffenlieferungen keinen Kontakt mit Russland aufgenommen**, erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin auf eine Frage der Presseagentur Reuters.

Zur Frage, welche neuen Waffen unsere Republik aus Russland gern erhalten würde, merkte das Staatsoberhaupt an, dass es einen Bedarf an Mitteln für den elektronischen Krieg, für die Luftabwehr und zum Kampf gegen Drohnen der ukrainischen Armee, die aus der Türkei kommen, gibt.

Denis Puschilin erinnerte auch an die „wichtige Erklärung“ des Sekretärs des Generalrats der Partei „Jedinaja Rossija“, des stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsrats der Föderationsversammlung der RF Andrej Turtschak über die Notwendigkeit der DVR und der LVR Waffen zu liefern.

Wie bekannt ist, rief Andrej Turtschak am 26. Januar dazu auf, einzelne Arten von Waffen an die Volksrepubliken des Donbass zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft und zur Zurückhaltung der in Vorbereitung befindlichen militärischen Aggression von Seiten der Ukraine zu liefern. Die Initiative von „Jedinaja Rossija“ unterstützten auch andere Fraktionen der Staatsduma der RF. Dies erklären die Vorsitzenden der Fraktionen von „Gerechtes Russland“ und der KPRF Sergej Mironow und Kasbek Tajsajew.

de.rt.com: **China setzt sich ehrgeiziges Handelsziel mit Russland**

Peking will den Handelsumsatz mit Russland weiter ausbauen und hat sich ein neues Ziel gesetzt. Erst wollte man bis 2024 ein Handelsvolumen von 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr erreichen. Nun sollen es 50 Milliarden US-Dollar mehr werden.

China will den bilateralen Handel mit Russland auf 250 Milliarden US-Dollar pro Jahr steigern. Dieses Ziel hat der chinesische Präsident Xi Jinping bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bekanntgegeben, wie Kremlsprecher Dmitri Peskow mitteilte. Peskow sagte:

"Für China ist das nicht so viel, aber für Russland ist es ein sehr ehrgeiziges Ziel."

Er fügte hinzu, dass die Aufgabe durchaus machbar sei und wies darauf hin, dass der Handelsumsatz zwischen den beiden Ländern im Jahr 2021 einen historischen Höchststand von 140 Milliarden US-Dollar erreichen wird.

Die Führungen beider Länder hatten sich zuvor das Ziel gesetzt, das Handelsvolumen von 100 Milliarden US-Dollar, was bereits im Jahr 2018 erreicht wurde, bis 2024 auf 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu verdoppeln.

China ist seit dem Jahr 2016 der Hauptabnehmer von Rohstoffen und Produktionsgütern aus Russland. Nach Angaben des Russischen Exportzentrums (REC) haben die Lieferungen dieser Güter sieben Jahre in Folge zugenommen, und dieser Trend werde sich fortsetzen. Kupfer, Aluminium, Düngemittel, Holz, Ölsaaten, Papier und Pappe gehörten zu den von China am meisten aus Russland importierten Warenkategorien, so das REC.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62025787b480cc4ea2554bab.jpg>

**Dnronline.su: Heute erhielt einer der Hörsäle des historischen Fakultät der Donezker Nationaluniversität den Namen Wsewolod Petrowskijs (1986-2015).** Außerdem fand an der Hochschule die traditionelle Kundgebung zum Gedenken an den heldenhaften Absolventen statt.

„Heute ist ein sehr schwerer Tag. Vor sieben Jahren nahm uns dieser Krieg Sewa. Und es ist uns sehr wichtig, dass die Universität sich an Sewa und die Menschen, die ihr Leben gemeinsam mit ihm gaben, erinnert. Die Erinnerung ist das, mit dem wir leben. Ohne sie wird es keine Zukunft geben, wird es kein Leben geben“, sagten Wjatschewslaw und Tatjana Petrowskij, die Eltern Wsewolods zu den Anwesenden.

Wsewolod Petrowskij (Codename Kowyl), Absolvent der Donezker Nationaluniversität, Militärkorrespondent, Dichter und Kommissar der Brigade „Prisrak“ starb am 8. Februar bei der Debalzewo-Operation, als er Kampfgenossen rettete.

**snanews.de: Verstoß gegen Ein-China-Politik: Peking fordert Aufhebung von geplantem US-Waffengeschäft mit Taiwan**

Chinas Außenministerium hat die USA dazu aufgefordert, auf das geplante Waffengeschäft mit Taipeh im Wert von 100 Millionen US-Dollar zu verzichten, und betrachtet den Deal als

Verstoß gegen die Ein-China-Politik.

Am Montag hatte das Pentagon bekannt gegeben, dass die Vereinigten Staaten den Verkauf von Ausrüstung und Dienstleistungen zur Wartung und Aufrechterhaltung von Taiwans Flugabwehrraketensystemen „Patriot“ im Wert von 100 Millionen US-Dollar (umgerechnet 87,6 Millionen Euro) genehmigt haben. Die US-Agentur für Zusammenarbeit im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich (DSCA) gab bekannt, die erforderliche Bescheinigung zur Informierung des Kongresses vorgelegt zu haben. Zuvor hatte das US-Außenministerium die von Taiwan beantragte Genehmigung für den Verkauf erteilt.

„In Bezug darauf äußert China einen entschiedenen Protest und verurteilt diese Handlungen“, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, bei einem Briefing am Dienstag. „Die USA sollten dieses Angebot sofort zurückziehen“, fügte er hinzu.

Die US-Waffenlieferung an Taipeh verstoße ernsthaft gegen das Ein-China-Prinzip, beeinträchtige die Beziehungen zwischen China und den USA, den Weltfrieden und die weltweite Stabilität und untergrabe Chinas Souveränität und Sicherheitsinteressen.

„China wird unbedingt notwendige und wirksame Maßnahmen ergreifen, um seine Souveränität und Sicherheit zu schützen“, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums.

Unterdessen hatte das Außenamt in Taipeh die Genehmigung des Deals durch die Vereinigten Staaten begrüßt. Taiwan werde seine Sicherheit „mit einer soliden Verteidigung“ aufrechterhalten und die enge Sicherheitspartnerschaft mit den Vereinigten Staaten weiter vertiefen, ließ die Behörde verkünden.

Die Spannungen zwischen Peking und Taipeh haben sich in jüngster Zeit verschärft. Taiwan zeigt sich darüber besorgt, dass chinesische Kampfflugzeuge in Taiwans Identifikationszone zur Luftverteidigung (ADIZ) eindringen.

Peking betreibt die sogenannte „Ein-China-Politik“ und betrachtet Taiwan als untrennbaren Teil der Volksrepublik. Die Länder, die diplomatische Beziehungen zu Peking unterhalten, dürfen danach keine offiziellen Kontakte zu Taipeh pflegen. Die Insel wiederum sieht sich als souveräner Staat, der sich von Festlandchina 1949 „abgespalten“ habe, und nennt sich aber weiter Republik China.

Die Taiwan-Frage hat ihren Ursprung im chinesischen Bürgerkrieg von 1927 bis 1949 zwischen den Kommunisten unter Mao Zedong und der Kuomintang-Partei unter Chiang Kai-shek. Letzterer flüchtete nach seiner Niederlage auf dem Festland und der Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 mit seinen Truppen auf die Insel Taiwan.

Ende der 1980er Jahre wurden die geschäftlichen und informellen Kontakte zwischen der Insel und dem chinesischen Festland wieder aufgenommen. Seit den frühen 1990er Jahren begannen sie, über Nichtregierungsorganisationen Kontakt aufzunehmen.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/08/5281924\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_16538\\_b8fba4d16b69cd9e261c54af002.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/08/5281924_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_16538_b8fba4d16b69cd9e261c54af002.jpg)

### **Wpered.su: An der Donezker Nationaluniversität wurde das Andenken Wsewolod Petrowskijs geehrt**

Heute, am 8. Februar, sind es sieben Jahre seit dem Todestag des Kommunisten, Journalisten und Soldaten Wsewolod Petrowskij. In der Donezker Nationaluniversität fand eine Trauerkundgebung statt, deren Teilnehmer Blumen an der Gedenktafel niederlegten, die zu seinen Ehren am Gebäude der historischen Fakultät angebracht wurde, außerdem wurde einer der Hörsäle der historischen Fakultät nach Wsewolod Petrowskij benannt, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Wsewolod Petrowskij starb als Mitglied der Kommunistischen Freiwilligenabteilung in den Kämpfen um Debalzewo am 8. Februar 2015. Postum wurde er mit einigen Medaillen ausgezeichnet, unter anderem der Medaille des ZK der KPRF „100 Jahre Rote Armee“.

### **snanews.de: Macron: Ziel des Besuchs bei Putin erreicht**

Der französische Präsident, Emmanuel Macron, hat nach eigenen Worten das Ziel seines Besuchs in Moskau erreicht: vor allem wollte er die Eskalation des Konflikts in der Ukraine verhindern und neue Perspektiven eröffnen.

„Für mich ging es darum, 'das Spiel zu blockieren', um eine Eskalation zu verhindern und neue Perspektiven zu eröffnen. Für mich ist dieses Ziel erreicht. Frankreich hat seine Glaubwürdigkeit gestärkt“, zitierte der Sender BFM TV Macron.

Gleichzeitig räumte der französische Staatschef ein: „Ich hatte gestern keine Sekunde gedacht, dass Putin sofort irgendwelche Schritte unternehmen würde.“

Am Montag führten die beiden Präsidenten ein Gespräch in Moskau, das nahezu sechs Stunden dauerte. Am heutigen Dienstag reiste der französische Staatschef nach Kiew, wo er sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski treffen soll.

Angesichts der Berichte über einen russischen Truppenaufmarsch in der Nähe der Ukraine äußern westliche Staaten die Befürchtung, dass Moskau eine militärische Invasion des Nachbarlandes plane. Russland dementiert das und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Deshalb forderte Moskau von den USA und der Allianz verbindliche Sicherheitsgarantien. Unter anderem geht es darum, dass die Nato weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten in das Militärbündnis aufnehmen soll. Die Nato lehnt das ab. Bei den ersten Gesprächsrunden Anfang Januar gab es keine Annäherung



[https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/08/2428130\\_0:159:3077:1890\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_a51ce3f8513928eea3608f3bdcee1829.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/08/2428130_0:159:3077:1890_1920x0_80_0_0_a51ce3f8513928eea3608f3bdcee1829.jpg)

### **de.rt.com: Peskow: Russische Truppen werden nach Übungen Weißrussland verlassen**

Die russischen Truppen werden nach dem gemeinsamen Manöver in Weißrussland an ihre

ständigen Einsatzorte zurückkehren, versicherte Kremlsprecher Peskow. Polens Präsident Duda hatte sich besorgt gezeigt, dass die Truppen auch nach den Übungen in Weißrussland bleiben könnten.

Es sei nie die Rede davon gewesen, dass russische Truppen nach den Militärübungen, die vom 10. bis 20. Februar abgehalten werden, im benachbarten Weißrussland bleiben, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag Journalisten:

„Niemand hat jemals gesagt, dass russische Truppen auf dem weißrussischen Gebiet bleiben würden, davon war nie die Rede. Es geht hier um gemeinsamen Übungen, und es versteht sich, dass die Truppen nach Abschluss dieser Manöver an ihre ständigen Standorte zurückkehren werden.“

Der Kreml hatte schon zuvor betont, dass die Truppenverlegung nach Weißrussland reinen Übungscharakter habe.

Am Vortag hatte Polens Präsident Andrzej Duda gewarnt, dass russische Einheiten auch nach Ende der Manöver in Weißrussland bleiben könnten, was für die Sicherheitsarchitektur in Osteuropa Folgen hätte. Duda sagte nach einem Treffen mit Jens Stoltenberg in Brüssel, dass Russland in diesem Fall einen weiteren Militärbezirk hätte und die Militärgrenze zwischen der NATO und Russland um 1.200 Kilometer verlängert werden würde.

Auch die NATO hatte Russland vorgeworfen, moderne Waffen und rund 30.000 Soldaten nach Weißrussland zu verlegen. Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu versicherte, dass die Gesamtzahl der Soldaten bei dem Manöver eine festgeschriebene Höchstzahl nicht überschreite. Obwohl Russland offiziell nicht verpflichtet sei, ausländische Partner über seine laufenden Aktivitäten zu informieren, habe das Verteidigungsministerium im Rahmen der freiwilligen Transparenz die Militärattachés ausländischer Staaten über die gemeinsamen Übungen verständigt, betonte Schoigu.

Die geplanten Übungen finden inmitten der verschärften Spannungen zwischen Russland und dem Westen statt. Die Ukraine und mehrere westliche Staaten bringen wiederholt ihre Besorgnis über die angebliche Zunahme aggressiver Handlungen Russlands nahe der ukrainischen Grenze zum Ausdruck. Moskau weist solche Anschuldigungen zurück und erklärt, dass es niemanden bedrohe und nicht beabsichtige, jemanden anzugreifen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62026db0b480cc4e6b3c1ebb.jpg>

**Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 08.02.2022**

**In den letzten 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.**

**In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 36. Brigade von den Positionen in Lomakino und Wodjanoje aus Kominternowo mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.**

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ein Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 95. Luftsturmgruppe in der Nähe eines privaten Hauses in Nowobachmutowka stationiert ist.

**Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE.** So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95., 53. und 36. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Nowoandrewjewa, Konstantinowka, Starorajskoje, Kurdjumowka, Oserjanowka, Schirokino und Wiktorowka zu blockieren.

Dabei haben die Beobachter der Mission im Verantwortungsbereich der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte die Kontrolle über eine Drohne verloren und diese stürzte in den Raum zwischen den Positionen.

Außerdem wurde **am Trennungsabschnitt** auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte der **Aufenthalt eines Kämpfers der 53. Brigade** festgestellt.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission vom 07.02.2022 bestätigt.

Der Stab der OOS verheimlicht nach wie vor **Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten** in den unterstellten Einheiten. Um ein öffentliches Aufsehen und Beschuldigungen zu verhindern, beschuldigt der Gegner vorsätzlich die Volksmiliz der Verletzung des Regimes der Feueinstellung und versucht die Verluste als Ergebnis von Kampfhandlungen darzustellen. So erlitt ein Kämpfer der 53. mechanisierten Brigade in den letzten 24 Stunden infolge der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen beim Umgang mit der Waffe auf den Positionen im Gebiet von Beresowoje eine Schussverletzung. Wir merken an, dass in diesem Gebiet weder die internationalen Beobachter noch die ukrainische Seite im GZKK Beschuss festgestellt haben.

**Heute ist der fünfte Jahrestag des tragischen Todes des Helden der Donezker Volksrepublik Oberst Michail Tolstych**, der in der ganzen Welt unter seinem Codenamen „Giwi“ bekannt ist, eines der kühnsten und seiner Pflicht gegenüber dem Volke des Donbass treuesten Kommandeure der Miliz.

Michail stand als einer der ersten zur Verteidigung der Heimat auf, sofort als die Verteidigung von Slawjansk begann, im Sommer 2014 war er an den Kämpfen um die Befreiung seiner Heimatstadt Ilowajsk von den ukrainischen Nazisten befreit, er nahm an der Befreiung des Donezker Flughafens und vielen anderen erfolgreichen Operationen teil.

Kiew setzt während des gesamten Konflikts gegen den Donbass und seine Einwohner verbrecherische, terroristische Methoden des Krieges ein. Infolge eines dieser Terrorakte starb auch Michail Tolstych.

Wir wir sehen, nimmt der Einsatz von Terror in der letzten Zeit nur zu. Ein klares Zeugnis dafür sind die zahlreichen Mitteilungen über Verminungen sowie die tatsächlichen Installationen von selbstgebauten Sprengeinrichtungen an zivilen Objekten der Republik.

snanews.de: **Belarus meldet Verletzung seiner Grenze durch lettisches An-2-Flugzeug**

Nach Angaben des belarussischen Grenzschutzes hat ein aus Lettland kommendes Mehrzweckflugzeug am heutigen Dienstag unerlaubt die Grenze zu Belarus überflogen. Bald darauf hat die Maschine den belarussischen Luftraum wieder verlassen.

Bei dem Flugzeug handelte es sich um einen einmotorigen Doppeldecker Antonow An-2, der für leichte Transportaufgaben ebenso eingesetzt werden kann wie zum Absetzen von Fallschirmspringern oder zu Beobachtungsflügen.

Der belarussische Grenzschutz teilte dazu auf Telegram mit, die Grenzschützer hätten am Morgen des 8. Februar festgestellt, dass der belarussische Luftraum „von lettischer Seite“ verletzt worden sei.

„Eine An-2 war 300 Meter in das belarussische Gebiet eingeflogen, umrundete den Grenzübergang Urbany und kehrte nach Lettland zurück.“

Der genannte Grenzübergang befindet sich circa 200 Kilometer nördlich der belarussischen Hauptstadt Minsk an der Grenze zu Lettland und nur zehn Kilometer von der Grenze zu Litauen entfernt.

Wie der belarussische Grenzschutz weiter mitteilt, war die Grenzverletzung am heutigen Dienstag nicht der erste Vorfall dieser Art in letzter Zeit. So hatte Anfang Dezember ein ukrainischer Hubschrauber die belarussische Grenze unweit der Ortschaft Nowaja Rudnja im Süden von Belarus verletzt. Ende Januar wurde an der Grenze zwischen Belarus und der Ukraine circa 50 Kilometer südlich der Stadt Brest eine ukrainische Drohne im belarussischen Luftraum registriert.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/08/5283227\\_0:0:3006:1691\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_6afdf9ac8d33409fcd72044fee75a9cb.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/08/5283227_0:0:3006:1691_1920x0_80_0_0_6afdf9ac8d33409fcd72044fee75a9cb.jpg)

### **Mil-Inr.su: Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**

Trotz der jahrhundertelangen Traditionen, die jegliche aggressiven Handlungen während der olympischen Spiele verurteilt, setzt Kiew die Versuche, die Lage an der Kontaktlinie zu destabilisieren fort.

So hat der Gegner heute in Verletzung des ersten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Einhaltung des Waffenstillstands, der direkt den Einsatz jeglicher Drohnen zur Aufklärung und zur folgenden Leitung des Artilleriefeuers verbietet, von den Positionen der 24. mechanisierten Brigade aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Postupalskij **im Gebiet von Popasnaja eine Drohne „Leleka-100“ gestartet**, die in der Lage ist in Realzeit Videos zu übertragen, genaue geographische Koordinaten zu bestimmen, diese an den Feuerleitungspunkt zu übergeben und diese Informationen aufzuzeichnen.

Gleichzeitig damit wurde das **Ausrücken von Artilleriemitteln der 24. Brigade auf die Feuerpositionen festgestellt** sowie die **Versetzung eines Mörserzugs** des 2. Bataillons im Gebiet von Nowoalexandrowka **in Gefechtsbereitschaft**.

Dank der Professionalität der Verteidiger der Republik wurde durch koordinierte Handlungen von Mannschaften der Luftabwehr und der elektronischen Kriegsführung unter Einsatz einer Funkblockadestation „Triton M1“ die **Drohne des Gegners rechtzeitig entdeckt und im Gebiet von Kalinowo-Borschtschewatoje zum landen gezwungen**. Die Gefahr eines Artillerieschlags wurde neutralisiert.

Derzeit untersuchen unsere Spezialisten die Videomaterialien vom Datenträger der Drohne. Es muss angemerkt werden, dass die ukrainischen Kämpfer auf den Flügeln der Drohne faschistische Symbole angebracht haben.

Wir rufen die Weltöffentlichkeit und die internationalen Beobachter auf, besondere Aufmerksamkeit auf die angeblichen Gefahren und populistischen Erklärungen über

angeblich vorhandene aggressive Pläne der Republiken sowie auf die Sachverhalte, die mit realen Beweisen den Einsatz von Mitteln der Luftaufklärung und Feuerleitung durch den Gegner bestätigen, zu richten und auch Maßnahmen zu ergreifen, um Provokationen der ukrainischen Seite mit Unterstützung der westlichen Kuratoren nicht zuzulassen.



[https://mil-lnr.su/uploads/posts/2022-02/1644331956\\_img\\_1234.jpg](https://mil-lnr.su/uploads/posts/2022-02/1644331956_img_1234.jpg)

### snanews.de: **Bundesregierung sieht Kiew als „Transformationspartner“ – Papier zum Engagement in der Ukraine**

Am zweiten Tag ihres Besuches in der Ukraine ist Bundesaußenministerin Annalena Baerbock zur sogenannten Kontaktlinie im Donbass gereist. In Kiew werden parallel Forderungen nach deutschen Waffenlieferungen lauter. Dabei zeigt ein Papier des Entwicklungshilfeministeriums, dass Deutschland der Ukraine bereits in vielen Bereichen hilft.

Das Papier unter dem Namen Stärkung von „Staatlichkeit, Resilienz und Transformation“ wurde von der Bundesregierung auf Nachfrage in der Regierungspressekonferenz am Montag nun nachgereicht und liegt SNA vor. Daraus geht etwa hervor, dass Deutschland mit rund 1,83 Milliarden Euro Unterstützung für die Ukraine seit 2014 neben den USA der größte bilaterale Geber im zivilen Bereich für Kiew ist.

Knapp 700 Millionen davon hat seit 2014 alleine das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Ukraine zur Verfügung gestellt. Rund 300 Millionen Euro wurden dabei zur Stärkung der Ostukraine und zur Schaffung von Perspektiven für Binnenvertriebene bereitgestellt, heißt es in dem Dokument. Hinzu kommen weitere 168 Millionen Euro für Übergangs- und Wiederaufbauhilfe und zur Abmilderung der internen Vertreibung infolge des Konfliktes. Darüber hinaus fördert das BMZ über 70 Kommunalpartnerschaften und die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und politischen Stiftungen. Konkrete Namen der Stiftungen werden nicht genannt.

Ende 2021 hat sich das BMZ mit der ukrainischen Regierung über weitere Zusammenarbeit verständigt. Dabei wurden weitere 96,5 Millionen Euro für die Stabilisierung der Ostukraine, die Umsetzung des EU-Assoziierungsabkommens, Energieeffizienz, „gute Regierungsführung“ und Berufsbildung vereinbart. Unter der guten Regierungsführung, wie es auf der BMZ-Seite steht, ist die Art und Weise zu verstehen, wie der Staat Entscheidungen trifft bzw. wie transparent Rechenschaft abgelegt wird.

Im Grunde genommen erstrecken sich die zentralen Beiträge der Bundesregierung auf die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit, deutsch-ukrainische Energiepartnerschaft, mehrere deutsche Sonderbeauftragte, einen ungebundenen Finanzkredit im Wert von über 500 Millionen Euro bzw. mehr als 1,5 Millionen Covid-19-Impfdosen im Jahre 2021.

„Die Ukraine ist ein Transformationspartner“, steht in den Zielen der deutschen Politik

geschrieben. „Zu den Hauptzielen gehören die Stabilisierung der Ostukraine, die politische und wirtschaftliche Annäherung an die EU sowie die Erhöhung der Energieeffizienz als wichtiger Beitrag zur Deutsch-Ukrainischen Energiepartnerschaft.“

Und wie wird die gesamte finanzielle Hilfe im Endeffekt eingeschätzt? Am Ende des Papiers legt das BMZ auch Rechenschaft über die Erfolge der Politik in der Ukraine ab. Erstens wurde nach Angaben des Ministeriums für rund 2,3 Millionen Menschen an der Kontaktlinie die Trinkwasserversorgung gesichert. Auch etwa 350 Kindergärten sowie über 50 Schulen konnten demnach renoviert und aufgebaut werden. Zweitens wurden durch die Beratung von Kommunen und Unternehmen bereits Einsparungen in Höhe von 39 400 MWh bzw. 2,3 Millionen Euro/Jahr erzielt. Es wird erwartet, dass alleine durch die Arbeit an zehn Umspannstationen bis 2024 bis zu 2900 MWh/Jahr und 1300 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente eingespart werden sollen.

Als Erfolg der „guten Regierungsführung“ wird verbesserte kommunale Infrastruktur bei der Wasserversorgung und in den Schulen genannt, von der mutmaßlich 1,8 Millionen Menschen profitieren. Für die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung wurden dazu noch 2000 Binnenvertriebene und Angehörige anderer vulnerabler Gruppen mit deutscher Hilfe beruflich qualifiziert.

### **Führungspersönlichkeiten sollten an der Mehrheitsmeinung vorbeiregieren – meint Wolfgang Ischinger**

Zuletzt hatte die Bundesregierung 5000 Helme an die Ukraine geliefert. Außerdem hat Deutschland der Ukraine Hilfe bei der Behandlung von verletzten Soldaten und Zivilisten zugesagt bzw. für das deutsche Geld wird in Kiew ein Militärkrankenhaus gebaut. Einzelne Politiker der Regierungsparteien, vor allem die der FDP, sprechen sich weiterhin für eine stärkere Ausbildung von ukrainischen Offizieren in Deutschland aus, auch im Rahmen des EU-Programms „EU Military Advisory and Training Mission Ukraine“.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Münchner Sicherheitskonferenz fordert deren scheidender Vorsitzender Wolfgang Ischinger, dass Deutschland die Ukraine militärisch etwas mehr unterstützen sollte, als nur mit 5000 Helmen. Die Führungspersönlichkeiten müssten sich über die öffentliche Meinung hinwegsetzen, sagte Ischinger während eines Pressebriefings am Dienstag gegenüber SNA als Reaktion auf die Anmerkung, dass die Mehrheit der Deutschen laut Umfragen gegen Waffenlieferungen an die Ukraine sei. Die öffentliche Meinung sei nicht der alleinige Faktor, so Ischinger, wenn Russland der Ukraine womöglich ihr Existenzrecht abspreche. Genauso wie im Umgang mit Israel sollte Deutschland mit Blick auf die eigene historische Verantwortung da mehr die Ukraine unterstützen.



[https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/08/5284706\\_0:0:3109:1750\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_598a3bdf2ba2c125fbbe641ce06c2ac.jpg](https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/08/5284706_0:0:3109:1750_1920x0_80_0_0_598a3bdf2ba2c125fbbe641ce06c2ac.jpg)

**abends:**

snanews.de: **Macron nach Treffen mit Selenski: Beratungen im Normandie-Format für Donnerstag geplant**

Im Ukraine-Konflikt hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nach einem Treffen mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenski eine Fortsetzung der Beratungen zur Umsetzung des Minsker Friedensplans angekündigt.

„Die Gespräche von Vertretern Russlands und der Ukraine werden am Donnerstag in Berlin auf Beraterebene unter deutsch-französischer Moderation im sogenannten Normandie-Format fortgesetzt“, sagte Macron am Dienstag in Kiew.

Der ukrainische Präsident habe seinen Wunsch bekräftigt, die Vereinbarungen von Minsk umzusetzen, betonte der französische Staatschef.

„Gestern haben wir mit dem Präsidenten (Wladimir – Anm.d.Red.) Putin lange über dieses Thema (die Minsker Vereinbarungen – Anm.d.Red.) gesprochen. Und er selbst hat seine Bereitschaft bestätigt, die Minsker Vereinbarungen einzuhalten. Und ich danke, dass Sie es während unserer Verhandlungen (in Kiew) auch getan und Ihren Wunsch bekräftigt haben, diese Vereinbarungen umzusetzen“, so Macron in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Selenski.

Die Minsker Vereinbarung sei der einzige Weg, Frieden sowie eine politisch dauerhafte Lösung zu erreichen. Die Vereinbarung sei der beste Schutz für die territoriale Integrität der Ukraine.

Die Arbeit an der Umsetzung des Friedensplans in den kommenden Wochen könne zu einer Stabilisierung der Lage führen und den Einstieg in eine dauerhafte Deeskalation ermöglichen, sagte Macron. Dazu solle ein breiter, internationaler Dialog über eine gemeinsame, neue Sicherheitsarchitektur für Europa begonnen werden.

Moskau nimmt die Lage an der Berührungslinie im Donbass als besorgniserregend wahr. Seit mehreren Monaten stellt Russland fest, dass Kiew schwere Waffen und Kräfte an der Kontaktlinie im Donbass konzentriert. Moskau schließt nicht aus, dass die ukrainische Regierung Pläne zur gewaltsamen Lösung des Konflikts im Südosten des Landes schmiedet, während die westlichen Länder darüber hinwegsehen und weiterhin Waffen an die Ukraine liefern und Militärausbilder schicken.

Darüber hinaus blockiert Kiew die Arbeit in der Minsker Kontaktgruppe, verweigert den direkten Dialog mit den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk und arbeitet an Gesetzen, die in direktem Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen stehen.

Macron hatte sich am Vorabend in Moskau mit dem russischen Präsidenten beraten. Die Verhandlungen dauerten nahezu sechs Stunden.

Putin habe ihm gesagt, dass er nicht der Auslöser einer Eskalation sein werde, sagte Macron in Kiew. Am Abend wurde Macron in Berlin bei Bundeskanzler Olaf Scholz erwartet. Zu dem Treffen wollte auch der polnische Staatschef, Andrzej Duda, reisen. Scholz hatte am Montag US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus in Washington getroffen.

Angesichts der Berichte über einen russischen Truppenaufmarsch in der Nähe der Ukraine äußern westliche Staaten die Befürchtung, dass Moskau eine militärische Invasion des Nachbarlandes plane. Russland dementiert das und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Deshalb forderte Moskau von den USA und der Allianz verbindliche Sicherheitsgarantien.

Unter anderem geht es darum, dass die Nato weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten in das Militärbündnis aufnehmen soll. Die Nato lehnt das ab. Bei den ersten Gesprächsrunden Anfang Januar gab es keine Annäherung.



[https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/08/5285575\\_0:160:3073:1888\\_1920x0\\_80\\_0\\_0\\_4bd6e8cc1e6e338b98c30ff8f219ec78.jpg](https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/08/5285575_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_4bd6e8cc1e6e338b98c30ff8f219ec78.jpg)